

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag hat gestern den Misstrauensantrag der Deutschnationalen gegen die Reichsregierung wegen ihrer Haltung bei den Reparationsverhandlungen und wegen des deutsch-polnischen Abkommens gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Auf Wunsch der Arbeiterpartei hat Lloyd George gestern sehr gewundene Erklärungen zur Reparationsfrage abgegeben. Er stellte fest, daß England unbedingt an dem Bündnis mit Frankreich festhalten müsse, andererseits aber auch, daß die deutsche Regierung ihren guten Willen zur Erfüllung der alliierten Forderungen gezeigt habe. Es wäre daher verhängnisvoll, wenn Frankreich selbständig zu Zwangsmaßnahmen vorgehe. Wenn sich eine andere deutsche Regierung dem Vorgehen Frankreichs widersetzen würde, so würde England natürlich den Franzosen zu Hilfe kommen. Man sieht aus den Erklärungen die ganze Doppelzüngigkeit und Hinterlist der englischen Politik, wie sie sich seit Kriegsausbruch gezeigt hat. Charakteristisch für die politische Weltanschauung der englischen Arbeiter und Lehrerschaft für unsere Sozialisten und Pazifisten ist auch die Stellungnahme des Führers der Arbeiterpartei, Clyne, dessen Werke man in Deutschland in Massen vertreibt. Er erklärte, England sei der wahre Freund Frankreichs, und die Arbeiterpartei wünsche, daß diese Freundschaft aufrecht erhalten bleibe. Seine Bemerkungen über die Reparationsfrage sind so tendenziös, daß man ihnen ganz deutlich die Absicht anmerkt, die Franzosen ja nicht zu verletzen.

Die nachstehend veröffentlichte deutsche Note an die Reparationskommission hat in Paris aufsehen, wie Savas mitteilt, keinen ungünstigen Eindruck gemacht, sodaß mit Weiterverhandlungen zu rechnen ist.

Die Anleiheverhandlungen in Paris scheinen noch wenig konkreten Charakter annehmen zu wollen, weil man sich wohl über die von Deutschland zu fordernden Sicherheiten noch nicht klar ist. Bezeichnend für die Haltung gegenüber Deutschland ist die von den amerikanischen und neutralen Finanzleuten zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß sie bei Gewährung einer internationalen Anleihe den Wunsch der Reparationskommission nach der Errichtung einer Finanzkontrolle über Deutschland nicht mißbilligen könnten.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission. Eine Uebersicht über die vorgesehenen Maßnahmen zur Ordnung des Staatshaushalts.

Berlin, 30. Mai. Die der Reparationskommission am 20. Mai durch die deutsche Kriegslastenkommission in Paris übergebene Note hat folgenden Wortlaut: Unter Bezugnahme auf ihre Note vom 9. Mai ds. Js. und die Besprechungen, welche inzwischen in Paris stattgefunden haben, beehrt sich die deutsche Regierung in der Anlage einen Plan über die Einnahmen und die Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1922 mitzuteilen, die auf Grund eingehender Nachprüfung gemäß der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 und der erwähnten Note der deutschen Regierung vom 9. Mai 1922 aufgestellt worden sind. Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber den zur Zeit dem deutschen Reichstag vorliegenden Haushaltsplan beruht auf einer erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkompromisses unter Berücksichtigung des in letzter Zeit ermittelten Aufkommens des vorangegangenen Jahres und der seit der letzten Schätzung fortgesetzten Geldwertung. Zu den Ausgaben wird folgendes bemerkt: Die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen sind beseitigt. Für die Lebensmittelverbilligung sind für das Jahr 1922 nur noch 950 Millionen gegenüber 17,2 Milliarden Mark im Jahre 1921 vorgesehen. Im übrigen sind die Subventionen und Subsidien, soweit es die Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen und die Möglichkeit der Aenderung der Organisation zuließ, weggefallen und weitere Streichungen bei den Ausgabeeinsetzungen vorgenommen. Auf diese Weise sind im Haushalt 1922 gegenüber 1921 Ausgaben im Betrage von 24,5 Milliarden Mark abgelehnt worden. Bei den außerordentlichen Haushalten der allgemeinen Reichsverwaltung und der Betriebsverwaltungen sind, wie die Schlußbemerkung zu dem anliegenden Plan ergibt, gegenüber den Einsetzungen des Etats Ersparnisse in Höhe von mindestens 3 Milliarden Mark in Aussicht genommen. Die Erzielung weiterer Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung

ist in die Wege geleitet. Um die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu sichern, hat die deutsche Regierung neuerdings den Beschluß gefaßt, im Reichsfinanzministerium einen besonderen Kommissar zu bestellen.

Schwebende Schulden. Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen: Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt an als normaler Höchstbetrag. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tag eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den Normal-Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden 3 Monate zurückgezahlt wird und zwar entweder a) mit Hilfe von Einnahmen, welche die Ausgaben in den 3 Monaten überschreiten, soweit solche Einnahmen verfügbar sein sollten, oder b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht. Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der 3 Monate noch den Normal-Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweiligen laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen 6 Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung. Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben: a) Solange noch keine Einnahmen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des Normal-Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet. b) Alle Einnahmen aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum Normal-Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwandt werden und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solcher anderen Lasten, hinsichtlich deren die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Nachprüfungen. Auf der Grundlage des Schreibens, das die Reparationskommission am 21. März 1922 an den Reichszanzer gerichtet hat, erklärt sich die deutsche Regierung grundsätzlich einverstanden. Sie geht dabei davon aus, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den geregelten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen. Was die Einnahmen anlangt, so wird die deutsche Regierung dem Garantiekomitee ohne Verzögerung alle geforderten oder reglementarischen Bestimmungen mitteilen. Sie wird mit dem Garantiekomitee über die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarifgesetzgebung ins Benehmen treten und ihm alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren. Was die Ausgaben anlangt, so muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Prüfung des Ausgabebedienstes gibt, die dazu dient, Staatsüberschreitungen zu verhüten. Sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Prüfung soweit wie irgend erforderlich zu verstärken. Die deutsche Regierung wird dem Garantiekomitee jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der geübten Prüfung zu vergewissern. Ueber die Einzelheiten der oben bezeichneten Nachprüfungen wird die deutsche Regierung mit dem Garantiekomitee ins Benehmen treten.

Kapitalflucht. Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Reichsregierung, insbesondere durch die Vorbereitung und die Verabschiedung des Steuerkompromisses, sowie auch

die anschließende wochenlange Behinderung mehrerer ihrer Mitglieder durch die Verhandlungen der Konferenz in Genau ist es der Reichsregierung nicht möglich gewesen, die Frage neuer Vorschläge über Maßnahmen zur Rückführung geflüchteten Kapitals und zur Bekämpfung der Kapitalflucht abschließend zu klären. Sie ist aber mit der Reparationskommission darin einig, daß alles getan werden muß, um das angegebene Ziel zu erreichen. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Gestaltung der Verhältnisse mißt die deutsche Regierung der Rückführung der geflüchteten Kapitalien besondere Bedeutung bei. Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückführung im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die deutsche Regierung bereit, über die Einzelheiten einer Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantiekomitee ins Benehmen zu treten und auf Grund dieser Erörterungen die Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu verhindern. Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission vor dem 30. Juni 1922 das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen mitteilen.

Autonomie der Reichsbank. Die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung ist durch das Gesetz vom 26. Mai d. J. sichergestellt.

Statistik. Die deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Basis der Vorkriegszeit erfolgen. Sie wird dem Garantiekomitee eine Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichungen mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiet der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantiekomitee im einzelnen zu erörtern.

Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die deutsche Regierung davon aus, daß die Reparationskommission die in der Note vom 21. März 1922 für das Jahr 1922 vorgelegene Regelung der Reparationsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

In 2 Anlagen zu der Note werden Mitteilungen über die Einnahmen und die Ausgaben für 1922 gemacht. In der Schlußbemerkung heißt es: Die Reichsregierung hat geprüft, in wieweit noch während des Rechnungsjahres 1922 Ersparnisse erzielt werden können. Dies wird bei der allgemeinen Reichsverwaltung insoweit der Fall sein, als sich durch die Arbeitslosenversicherung die Ausgaben für die Erwerbslosen-Fürsorge ermäßigen werden, wenn nicht etwa eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Erwerbslosen führen sollte. Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen, daß durch äußerste Einschränkung der geplanten Bauten und Beschaffungen 3 Milliarden Mark gespart werden.

Im Anschluß an die Note werden der Reparationskommission noch Mitteilungen über den Zwangsanleihegesetzentwurf zugehen.

Reichstag.

Der deutsch-nationale Misstrauensantrag abgelehnt.

Berlin, 31. Mai. Der Reichstag hat den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstandenen Fragen fast einstimmig angenommen. Reichszanzer Dr. Wirth sagte in der Debatte: Die Verhandlungen sind mit voller Sachlichkeit geführt. Sei der Vertrag auch aus einem schmerzlichen Anlaß geboren, so hoffe er doch, daß er dazu beitragen möge, die nationalen Gegensätze allmählich zu überbrücken. Der Abg. Dr. Beder-Hoffen von der Deutschen Volkspartei beantragt sodann, sofort nach Erledigung des deutsch-dänischen Abkommens in die Aussprache über die deutsche Antwort an die Reparationskommission einzutreten. Die Regierung unterwerfe sich in dieser Antwort einer Finanzkontrolle des Auslands, die verhängnisvoll und mit der Würde Deutschlands nicht vereinbar sei. Von dieser Besprechung werde die Haltung der Deutschen Volkspartei zu dem gestern eingebrachten Misstrauensvotum der Deutsch-Nationalen abhängen. Der Abg. Dittmann stimmt dem Vertrag zu, fordert aber Verschiebung auf morgen. Die Angelegenheit wurde dem Aelterenrat überwiesen. Die Unabhängigen haben eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt. Ein Antrag der Unabhängigen, die Reparationsfrage erst dann zu besprechen, wenn der Reichszanzer zu weiteren Mitteilungen bereit ist, wird angenommen. Vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum der Deutsch-Nationalen erklären die Unabhängigen, daß sie den Misstrauensantrag ablehnen, weil er dem Agitationsbedürfnis der Reaktion entspreche. Die Kommunisten bringen einen Antrag ein, der das deutsch-nationale Votum dahin ändern will, daß es nicht ein formelles Misstrauensvotum dar-

stelle, aber die Haltung der Regierung mißbillige. Sie erklären, bei Ablehnung dieses Antrags für den deutsch-nationalen Antrag stimmen zu wollen. Abg. Dr. Becker-Hessen erklärt, seine Fraktion werde nach Kenntnisnahme der deutschen Reparationsnote für den deutsch-nationalen Antrag stimmen. Das Mißtrauensvotum der Deutsch-Nationalen wird darnach gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt. Hierauf verlag sich das Haus auf 13. Juni, wo die Reparationsinterpellation der Unabhängigen auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Unterrichtung der Parteiführer über den Stand der Reparationsverhandlungen.

Berlin, 1. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hielten die an den Reparationsfragen beteiligten Mitglieder des Reichskabinetts gestern nachmittag eine Chefbesprechung über das Reparationsproblem ab. Wann der Reichskanzler die Erklärungen über die Reparations- und Anleiheverhandlungen im Reichstag abgeben wird, hängt laut „Berliner Tageblatt“ von dem weiteren Verlauf der Pariser Verhandlungen ab. Der Reichskanzler wird jedoch die Parteien von dem Gang der Verhandlungen dadurch auf dem Laufenden halten, daß er die Parteiführer von Zeit zu Zeit zusammenberuft. Diese Besprechungen werden auch auf die Deutsche Volkspartei und die U. S. P. D. ausgedehnt werden. Im Anschluß an die Chefbesprechung hielt, dem gleichen Blatt zufolge, die Reichsregierung eine Kabinetts-sitzung ab, in der über den Gesetzentwurf zur Behebung der Notlage der Presse beraten wurde. Das Kabinett beschloß, die Sache noch einmal in Ressortbesprechungen zu behandeln. Als-dann soll der Gesetzentwurf der Reichsregierung schleunigst vor-gelegt werden.

Pfingsturlaub für Reichstag und Regierung.

Berlin, 1. Juni. Nachdem gestern der Reichstag in die Ferien gegangen ist, verläßt auch die Mehrzahl der Mitglieder des Reichskabinetts Berlin zu kurzem Urlaub. So tritt laut „Berliner Tageblatt“ Reichskanzler Dr. Brüning morgen eine Reise nach Konstanz und Freiburg an, von der er voraussichtlich Mitte nächster Woche zurück-kehren wird. Auch Reichsfinanzminister Dr. Gumbel geht einige Tage auf Urlaub.

England und die Reparationsfrage. Eine Erklärung des Führers der Arbeiterpartei.

London, 1. Juni. Im Unterhaus eröffnete die Reparations-Debatte der Arbeiterführer Clynnes. Er sagte, England sei der wahre Freund Frankreichs und die Arbeiterschaft wüßte, daß diese Freundschaft aufrecht erhalten werde. Die Sicherheit Frankreichs könne nur in der Durchführung dessen gefunden werden, was im Völkerverbund vorgesehen sei. Man könne Deutschland vielleicht niederschmettern und zerstören, aber dadurch würde man es für Deutschland weniger möglich machen, die geforderten Reparationen innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Zeit zu bezahlen. England habe auch in Frankreich Hoffnungen erregt, die sich jetzt als vollkommen undurchführbar erwiesen. Clynnes fragte, für welche Zeit die Ruhrfrage aufgeschoben worden sei. Die Drohung mit militärischer Gewalt zum Eintreiben der Reparation biete ein ernstes Hindernis für das wirtschaftliche Wiederaufleben in England. Clynnes fragte, ob Großbritannien in irgend einer Weise zur Teilnahme an einer weiteren Besetzung deutschen Gebiets verpflichtet sei und ob anlässlich der jetzt in Aussicht stehenden Regelung der gegebene Augenblick gekommen sei, um die Zurückziehung der britischen und der französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet Deutschlands zu vereinbaren. Welche Einwände könnten gegen eine internationale Anleihe bestehen, wie sie vor kurzem von Deutschland vorgeschlagen wurde, um dieses in den Stand zu setzen, wenn auch nicht die gesamten Reparationen, so doch bestimmt einen großen Teil zur Bezahlung zu bringen? Könne man dies nicht von Deutschland viel besser erlangen durch ein Uebereinkommen oder durch ein Schiedsgericht, als durch die Anwendung von Gewalt? — Kenworthy erklärte, wenn man wirklich die Lage Europas be-ssern wolle, müsse man alles anwenden, um die Zurückziehung der Besatzungsheere zu erreichen, da diese sich etwa nicht als ein genügendes Mittel erwiesen hätten, um Deutschland zu zwingen, da man stets mit einer neuen Okkupation drohen müsse. Die Okkupation habe bereits mehr verschlungen, als man von Deutschland erhalten habe. Wenn der Völkerverbund zu einer Realität gemacht werde, werde er eine viel bessere Verteilung für Frankreich als jeder Akt von Gewalt oder jedes militärische Bündnis.

Der übliche Eieranz von Lloyd George.

London, 31. Mai. (Unterhaus.) In einer kurzen Darlegung der Reparationsfrage sagte Lloyd George, man könne annehmen, daß die kritische Phase, in welcher sich die Reparationsfrage vor kurzem befand, für den Augenblick vorüber sei. Es bestehe kein Grund zu einem Zwist zwischen Frankreich und England und alle Mitteilungen, die ihm zuzugingen, bräuten die Hoffnung aus, daß ein Abkommen zustande kommen möge, das nicht nur für den Schuldner, sondern auch für die Gläubigerstaaten annehmbar sei. Er freute sich, daß die deutsche Regierung sich wirklich bemühe, den Wünschen der Reparations-Kommission entgegenzukommen. Nach Erwähnung der Schwierigkeiten der deutschen Regierung sagte Lloyd George weiter, die jetzige deutsche Regierung habe sich verpflichtet, ihr Bestes zu tun, um den Friedensvertrag auszuführen, und er glaube, sie bemühe sich eifrig um seine Durchführung. Sie habe erheblichen politischen Schwierigkeiten entgegenzutreten und wenn sie diesen Schwierigkeiten begegne, wie sie es tatsächlich tue, so habe sie den Anspruch auf jede Rücksicht und jeden Respekt, den man gewähren könne. Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrags würde eine Politik sofortigen Unheils für Deutschland sein. Ohne Frage würde Frankreich allein vorgehen, wenn Deutschland dem Versailler Vertrag gegenüber irgend eine Mißachtung zeigen würde. Wenn eine deutsche Regierung aus Ruher käme, die dem Friedensvertrag Widerstand leisten wolle, so würde Frankreich bei der Ausführung seiner Bestimmungen nicht allein gelassen werden, sondern England und Frankreich würden zusammen vorgehen. Großbritannien trete ein für eine Politik der

Mäßigung und auch für eine Politik der Erfüllung des Vertrags. Jedes isolierte Vorgehen seitens eines der Verbündeten würde unheilvoll sein für die zwischen ihnen bestehende Entente.

Zur auswärtigen Lage.

Die Anlagen über die aufzugebenden oder zu zerstörenden Eisenbahnlagen im Rheinland.

Anlage 1 bezeichnet die zur Zeit in Ausführung begriffenen Arbeiten, deren sofortige Einstellung verlangt wird. Hierunter sind 4 Eisenbahnlagen aufgeführt: 1. Der Bau der zweigleisigen Strecke Hamm-Bielefeld ist einzustellen. 2. Die zweigleisige Strecke Oerath-Holzheim-Liblar-Dernau darf ein Gleis bekommen. 3. Die Strecke Aachen-Düren-Köln darf nur zwischen Aachen und Düren viergleisig werden. 4. Die Strecke Trier-Prüm-Koblenz darf nur zwischen Trier und Prüm ein Gleis erhalten.

In Anlage 2 sind unter 4 Punkten die bereits bestehenden Anlagen aufgeführt, deren Zerstörung oder Abänderung im Augenblick der Räumung des besetzten Gebiets zu bewerkstelligen ist. Hiernach sind 1. die strategischen zweigleisigen Strecken Remagen-Hillesheim-Losheim und Bad Münstereifel-Homburg, die Gabelung Hillesheim-Gerolstein-Lommersweiler eingleisig zu machen, 2. die militärischen Zwecken dienenden Verbindungen der Strecken Geldern-Besel und Geldern-Cleve, Erpel-Remagen und Sinzig-Bobendorf zu zerstören, desgleichen die Verbindungen der Strecken Hofenreith-Oberlahnstein, Rüdesheim-Odenheim, Odenheim-Staubenheim (die Rheinbrücken bleiben erhalten) und 3. zahlreich in einer Unteranlage aufgeführte hauptsächlich für militärische Zwecke gebaute Einrichtungen, wie militärische Bahnsteige und Laderampen, Verpflegungsstellen usw. zu zerstören, 4. die in einer weiteren Unteranlage aufgeführten Einrichtungen zur Wiederverproviantierung, wie Depots und Munitionsparks usw. gleichfalls zu zerstören.

Zur Prüfung der deutschen Note in der Reparationskommission.

Paris, 31. Mai. s Havas veröffentlicht eine offenbar offiziöse Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparations-Kommission heute Vormittag zusammengetreten seien, um die gestern veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Verhandlungen vertraulich gewesen seien, scheine die Note vom 28. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht zu haben. Da ihre Prüfung im Laufe des Vormittags nicht habe beendet werden können, würden die Delegierten heute Nachmittag von neuem zusammentreten und vielleicht heute abend eine offizielle Sitzung abhalten, um sich über die Einzelheiten der nächsten an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen. Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilung des Berliner Kabinetts bekräftigen werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob angeführte der deutschen Anordnungen das Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht auch genauere Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser nächsten Note der Reparations-Kommission werde vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen.

Die amerikanischen und neutralen Finanzleute für eine Finanzkontrolle Deutschlands.

Paris, 31. Mai. Nach dem „Newport Herald“ geht aus den bisherigen Erörterungen im Schoße des internationalen Anleihekomitees folgendes hervor: 1. Die amerikanischen und neutralen Bankiers sehen keinen Grund, das Verlangen der Reparations-Kommission nach einer Finanzkontrolle über Deutschland zu mißbilligen. Sie betrachten sogar die Annahme dieser Forderung als die unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Anleihe-Emission. 2. Morgan sowohl wie Bissinger, der Vertreter der neutralen Bankiers, sind sich offenbar darüber einig, daß ein großer Teil des Ertrags der Anleihe Deutschland zur Gesundung seines Finanzwesens zur Verfügung gestellt werden soll, während die alliierten Bankiers im Anleihekomitee die Auffassung vertreten, die Anleihe müsse in erster Linie zu Gunsten der Reparation aufgelegt werden. 3. Der Schlussbericht des Anleiheauschusses soll endgültig den Gesamtbeitrag der Reparationen, den Deutschland zu zahlen fähig ist, festsetzen. Zu diesem Zweck haben die am Ausschuss sitzenden Bankiers den Beschluß gefaßt, Informationen bei ihren Regierungen und maßgebenden Bankkreisen einzuholen.

Eine Sekrede des belgischen Außenministers.

Brüssel, 31. Mai. In der Kammer führte gestern bei der Erörterung des Budgets des Auswärtigen der Minister des Auswärtigen, Jaspar, aus: „Wir sind alle darüber einig, daß die Entente erhalten werden muß. Der Vertrag von Rapallo war ein Trompetenstoß, der uns auf die deutsche Gefahr hinwies. Angesichts des schlechten Willens Deutschlands in der Frage der Reparationen können wir uns nicht von den Alliierten trennen. Die Antwort, die Deutschland jetzt nach Paris gelangen ließ, läßt die Annahme zu, daß eine Verständigung möglich sein wird. Wenn es dazu kommt, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß man Deutschland gegenüber Festigkeit gezeigt hat.“ Zum Schluß erläuterte der Minister die bekannten Erklärungen über die belgischen Forderungen hinsichtlich des belgischen Besitzes in Rußland.

Immer noch die irische Frage.

London, 31. Mai. Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, daß die Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Sinn-Feinern leider auf dem toten Punkt angelangt seien. Churchill werde in der Erklärung im Unterhaus ein Bild der Lage geben und auf den Ernst hinweisen. Die britische Regierung werde sich auf den Boden des Vertrages stellen, während die Führer des irischen Freistaates behaupten, daß der Vertrag durch den Koalitionsakt nicht verletzt worden sei.

Deutschland.

Die katholischen Lehrer des Rheinlands gegen die Loslösungsbestrebungen.

Köln, 31. Mai. Die hier tagende Hauptversammlung der katholischen Lehrervereine der Provinz Rheinland hat angesichts der immer wieder hervortretenden Loslösungsbestrebungen im Rheinland die folgende Resolution beschlossen: Die im katholischen Lehrerverein organisierten katholischen Lehrer des Rheinlandes stehen fest und unwandelbar zum Deutschen Reich. Die uns anvertraute Jugend wollen wir in gut katholischem Geiste zur christlichen Nächstenliebe und damit zur wahren Völkerverehrung erziehen. Wir wollen sie aber auch erziehen zu edler Heimat- und Vaterlandsliebe. Sie soll ihr Vaterland desto mehr lieben lernen, je größer seine Not ist.

Die Nationalisierungsmethoden der Polen im dem abzutretenden Oberschlesien.

Berlin, 1. Juni. Wie die „Boschische Zeitung“ aus Oberschlesien meldet, sind die polnischen Untere in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens eine von langer Hand wohl vorbereitete politische Aktion zu dem Zweck, noch vor der Uebergabe das Gebiet auf radikale Weise „deutschfrei“ zu machen. Durch passives Verhalten der interalliierten Kommission, der Besatzungstruppen und der Polizei ist dieser Zweck bedauerlicherweise zum Teil erreicht worden. Durch die Flüchtlingsstellen sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie berichtet wird, hat der Kreisinspektor von Kattowitz auf ein Ersuchen um Einsetzung von Truppen geantwortet, daß Truppen nicht zu Polizeizwecken zur Verfügung ständen. — Das heißt die Entente schütz die Bevölkerung.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter aus Breslau melden, ist die vergangene Nacht in Kattowitz ruhig verlaufen. Dagegen liegen aus dem Landkreis Kattowitz und besonders aus Laurahütte neue Alarmnachrichten vor. Die Terrorakte der Polen haben sich inzwischen auf den Kreis Rybnik ausgedehnt, wo gleichfalls deutsche Beamte und Arbeiter mißhandelt wurden. Die Stadtverordnetenversammlung von Kattowitz hatte den Bürgermeister beauftragt, von der interalliierten Kommission in Doppelhilfe für die bedrohten Deutschen zu verlangen. Die Hilfe ist nicht erfolgt. Auf das Ersuchen des deutschen Bevollmächtigten um Maßnahmen zum Schutze der deutschen Bevölkerung hat die Kommission schließlich solche Maßnahmen zugesichert. Ob und in welchem Umfange Hilfsmaßnahmen tatsächlich getroffen werden, bleibt abzuwarten. Von polnischer Seite wurde erklärt, daß die Terrorakte gegen deutsche Arbeiter und Beamte die Antwort seien auf die angebliche Verprügelung polnischer Arbeiter im Kreise Gleiwitz. An den Berliner zuständigen Stellen konnte, laut „Germania“ noch nicht festgestellt werden, ob derartige in Gleiwitz vorgekommen ist. Jedenfalls stehen, wenn sich dort vereinzelte Ausschreitungen gegen Polen ereignet haben sollten, diese Vorkommnisse in gar keinem Verhältnis zu dem Ausmaße des polnischen Terrors.

Amerikanische Besatzungstruppen.

Von dem ersten aus Deutschland nach Amerika zurückgekehrten Kontingent amerikanischer Truppen, bestehend aus 11 Offizieren und 600 Mann, brachten, wie der „Auslanddeutsche“, Stuttgart, aus amerikanischer Quelle berichtet, Offiziere und Soldaten 78 deutsche Frauen und 46 Säuglinge mit nach ihrer Heimat.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. Juni 1922.

Landesturnfest.

Der 11. Turnkreis Schwaben hält vom 29.—31. Juli in Eßlingen sein Landesturnfest. Am 29. Juli findet ein Jugendturnfest mit turnerischen Wettkämpfen und Wettschwimmen statt.

Tanzabend.

* Fräulein Claire Therwal aus Zürich veranstaltete am Dienstag abend einen Tanzabend, der leider, wohl infolge der mancherlei Veranlassungen und Festtage der vergangenen und folgenden Woche nicht den Besuch aufwies, wie er ihm im Hinblick auf die wirklich gediegenen, künstlerisch vollendeten Leistungen verdient hätte. Die Künstlerin bringt schon als natürliche Vorzug eine äußerst sympathische Erscheinung mit, einen wohl gewachsenen, jugendlichen Körper von seltenem Geßmaß, und eine natürliche Anmut der Bewegungen und des Ausdrucks. Die Darbietungen stellten wirkliche Tanzschöpfungen dar von künstlerischer Eigenart und hervorragendem technischen Können. Trefflich war die Auffassung der Musik Chopins; der slawische Charakter des Duster-Traumhaften, hin und wieder abgelöst durch mehr unbewußte Leidenschaft kam in dem fein gezeichneten Prälude Nr. 15 schön zum Ausdruck. Vornehm wurde die Arabeske von Debussy mit ihren zart verschlungenen Linien gestaltet. Auch die beiden Stücke von Kreisler, „Liebesleid“ und „Liebesfreud“ zeigten neben Lebendigkeit des Ausdrucks ausgeprägtes Stillegefühl. Ihre überall angenehm hervortretende schöpferische Fähigkeit bewies Fr. Therwal namentlich in dem psychologisch bis ins Kleinste durchgearbeiteten Tanzbild „Wiston“, in dem ein Traum zum sonnambulen Empfinden gesteigertes Erlebnis dargestellt wurde. Ganz reizvoll waren schließlich die mehr heiteren Tanzbilder, die köstliche Humoreske von Tschajkowskij, die übermütige Harelkade von Lacomme und die großzügigen Ecossaises von Beethoven. Gerade auch in der Darstellung dieser gefälligen Musik mit ihrem lebenswichtigen Humor machte sich der vornehme, alles Effekthascherei abholde Charakter der Tanzkunst von Fr. Therwal geltend. Die nach eigenem Entwurf gefertigten Kostüme waren decent, von sicherem, erlebnisreichem Geßmack. Herr Dr. Kiedel vom Landestheater Stuttgart begleitete die Tänze am Flügel mit gewohnter künstlerischer Durchführung.

Familienabend der Bürgergesellschaft.

* Einen hohen musikalischen Genuß bereitete die Bürgergesellschaft ihren zahlreich erschienenen Mitgliedern am Montag

mit der Ver... als Cellist u... Eugen Uhl... Ublig gehö... des Kontrab... Wendlingqu... schwer zu h... diesem äußer... von einer M... gemeinen m... unter übera... tor Romm... ergreifend u... Schubert... Schumann... wurde de... gleitet, der... vollen Trio... (Violone) m... derum von... Zusammenf... schönes Kön... C dur von... e n a n; die... rhythmisch r... tete den H... Stüber; p... dies Gewand... Empfindung... chenleid“ (M... von Bahm... mung aber l... Erde still g... Altstimme, ... wie geschaff... nehmer Ein... den. Zur U... gliedern der... der unter d... einige Klang... sauber gab... Frühling... volle „Wald... „Süß“ Liebes... fungen. Die... terischen Lei... herzigem A... Vereins, I... Ausdruck v... tung den We... ten, der bes... bleiben dürf... schloß den

Von zuft... das Inkraft... gebühren, d... bezüglich de... genommen... Reichstagsa...

Gen... Die bev... württemberg... fungen zu B... tungen für... nis ist, daß... genen Einri... daher fortge...

52)

Troßbe... Unrecht er... Durchlaucht... treue, — zo... aus der Taf... Gebrauch zu... „Herr R... standen, sie l... „Bejubel... ein wenig e... „Zu Bes... „Runkelst... auffallenden... In einen... Möbel mit l... Einrichtung... dete, besande... Klang Wahle... angenehm en... sich hinein... Der Kam... Spiegel drau... Vor einig... den spanisch... hatte, der M... bei Hofe vor... Der distri... freundlich en... N. eine Sta... berechnen.

ands
n.
umlung der
at angefihts
ebungen im
im Katholi-
des Rhein-
Reich. Die
ischem Geist
Wölferver-
en zu edler
erand desto

Polen
en.
Oberflächen
angesprochen
tete politische
le auf rabi-
erhalten der
der Polizei
den. Durch
ge gegangen.
wichtig auf ein
aß Truppen
as heißt die

melden, ist
n. Dagegen
aus Laura-
der Polen
gedehnt, wo
fest wurden.
te den Bür-
ktion in O-
n. Die Hilfe
evollmächti-
österung hat
ert. Ob und
etroffen wer-
de erklärt.
Beamte die
olnische Ar-
igen Stellen
den, ob der-
stehen, wenn
eignet haben
ntnis zu dem

rückgekehr-
us 11 Df-
andende"e"
Offiziere und
it nach ihrer

ni 1922.

Zust in Eß-
Zugendrefe-
en statt.

anstaltete am
fol infolge der
enen und fol-
Hindlich auf
ngen verdient
Vorzug eine
wachsenen, ju-
eine natürliche
Darbietungen
Eigenart und
die Auffassung
Traumbhaften,
nschaft kam in
uck. Vornehm
stungenen Bi-
iebesleid" und
s ausgepräg-
e schöpferische
psychologisch bis
dem ein vom
erlebnis darge-
heitern Tanze
ie übermütige
es von Beet-
gen Musik mit
ornehme, alle
Gel. Therwal
ostime waren
K i e d e l v o n t
el mit gewohn-

mit der Veranstaltung eines Konzertabends, zu dem der als Cellist und Kontrabaßist wohlbekannte Kammervirtuos Eugen Uhlig vom Landesheater gewonnen worden war. Herr Uhlig gehört mit zu den ersten Künstlern in der Beherrschung des Kontrabaß, welcher Fähigkeit er auch seine Zuziehung zum Wendlingquartett verdankt. Seine Kunst auf dem technisch sehr schwer zu handhabenden Kontrabaß ist meisterhaft. Er entlockt diesem äußerlich so ungefügen Instrumente Töne in allen Lagen von einer Reinheit, Zartheit und Wärme, wie man sie im allgemeinen nur von Violine und Cello kennt. Prächtig gab er unter überaus feinsinniger Mitwirkung von Herrn Musikdirektor Fromm am Flügel das melodische „Konzert“ von Bottefina; ergreifend wühlte er den wundervollen Stimmungsgelbst von Schuberts „Du bist die Ruh“, von Brahms' „Wiegenlied“ und Schumanns „Träumerei“ zu erschaffen. Bei diesen letzten Stücken wurde der Künstler am Flügel von Herrn Kauffmann begleitet, der sich aufs Beste in das Spiel einfühlte. Bei dem reizvollen Trio C dur No. 18 wirkte noch Herr Karl Beißer (Violine) mit, während die anspruchsvolle Klavierpartie wiederum von Herrn Fromm tadellos durchgeführt wurde. Das Zusammenspiel war musterhaft. Herr Beißer zeigte sein schönes Können außerdem noch durch den Vortrag der Sonate C dur von Händel unter Mitwirkung von Herrn Kauffmann; die schönsten, anmutigen Sätze wurden musikalisch wie rhythmisch vollendet herausgebracht. Eine große Freude bereitete den still lauschenden Zuhörern auch Frau Widmaier-Stüber; sie sang die getragene Arie der Penelope „Ich wach dies Gewand“ aus dem „Odysseus“ von Bruch mit ergreifender Empfindung, ebenso die volkstümlich warm anklingenden „Mädchenleid“ (Auf die Nacht in der Spinnstube) und „Komme bald“ von Brahms, ganz besonders wirkungsvoll in Ton und Stimmung aber die „Mondnacht“ (Es war als hätte der Himmel, die Erde still gelüßt) von Schumann. Die volle, tiefe und warme Altstimme, die auch die hohen Lagen mühelos beherrscht, war wie geschaffen für die fein gewählten Vorträge, die mit vornehmer Einfühlung von Herrn Kauffmann begleitet wurden. Zur Umrahmung des musikalischen Abends war aus Mitgliedern der Gesellschaft ein gemischter Chor gebildet worden, der unter der sicheren Leitung von Hauptlehrer Pfommer einige klängevolle Frühlingslieder gesanglich frisch und technisch sauber gab. Eindrucksvoll kam der erhebende Hymnus an den Frühling „Frühlingsfeier“ zur Geltung; auch das stimmungsvolle „Welch süßes, leises Klingeln“ von Wörz und das fröhliche „Süß' Liebe steht den Mai“ von Sillker wurden trefflich gesungen. Die Darbietungen, namentlich aber die herrlichen künstlerischen Leistungen des Herrn Uhlig wurden mit gebührendem herzlichem Beifall belohnt, dem auch noch der Vorstand des Vereins, Verwaltungsschafter Staudenmeyer, bereiten Ausdruck verlieh. Der Vergnügungsrat hat mit der Veranstaltung den Mitgliedern einen wirklich genussreichen Abend geboten, der besonders den Musikfreunden in dauernder Erinnerung bleiben dürfte. — Eine gemütliche Tanzunterhaltung schloß den Abend.

Die neuen Postgebühren.
Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechtgebühren, die im Reichsrat verabschiedet sind, ist der 1. Juli, bezüglich der Zeitungsgebühren der 1. Oktober 1922 in Aussicht genommen. Die Vorlagen unterliegen noch der Beratung im Reichstagsauschuß.

Gemeinschaftliche Gerichtseinrichtungen für Württemberg und Hohenzollern.
Die bevorstehende Neuordnung der Strafgerichte hat der württembergischen und preußischen Justizverwaltung Veranlassung zu Besprechungen über gemeinschaftliche Gerichtseinrichtungen für Württemberg und Hohenzollern gegeben. Das Ergebnis ist, daß die Schaffung solcher im Interesse beider Teile gelegenen Einrichtungen möglich wäre. Die Verhandlungen werden daher fortgesetzt.

Auf schiefer Ebene.
Roman von Johannes van Dewall.
Trotzdem Herr von Wahlendorf es wußte, ein wie großes Unrecht er soeben wieder zu begehen im Begriff war, — denn Durchlaucht würde außer sich sein, erfuhr sie diese neue Untreue, — zog derselbe den goldenen Bleistift und das Notizbuch aus der Tasche, aber der Portier verhinderte ihn, von demselben Gebrauch zu machen.
„Herr Kammerherr — das gnädige Fräulein ist schon aufgestanden, sie haben sogar bereits Besuch“, versicherte er.
„Besuch?“ rief der Kammerherr erstaunt und zog die Brauen ein wenig empor.
„Zu Befehl, — der Herr Baron v. Kunkelstein sind droben.“
„Kunkelstein? — Sonderbar!“ rief Wahlendorf und mit einer auffallenden Behendigkeit eilte er die breite Treppe hinauf. — In einem behaglich erwärmten Gemach, dessen schwelende Möbel mit blaßgelber Seide überzogen waren und dessen ganze Einrichtung ebensowohl Komfort wie verfeinerten Luxus bekundete, befanden sich zwei Personen. Die laute Stimme der einen klang Wahlendorf bis auf den Flur hinaus und zwar recht unangenehm entgegen. Das helle silberne Lachen einer Frau mischte sich hinein.
Der Kammerherr runzelte die Stirn, während er vor dem Spiegel draußen Haar und Bart ordnete.
Vor einigen Monaten, zu Anfang des Winters, wurde durch den spanischen Generalkonsul, welcher in N. seinen Wohnsitz hatte, der Marques de Senza-Costa, de Cardenas, de la Sarga bei Hofe vorgestellt.
Der distinguierte Fremde und seine schöne Tochter wurden freundlich empfangen und erregten einiges Aufsehen, trotzdem N. eine Stadt ist, in welcher sehr viele vornehme Ausländer verkehren.

Die Sozialdemokratie und die politische Lage.
(S.C.B.) Stuttgart, 31. Mai. Am letzten Sonntag war auch der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Württemberg und Hohenzollern versammelt, um zu politischen, agitatorischen und organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Kofmann berichtete an Stelle des verhinderten Gesandten Hildenbrand über die politische Lage, wobei er Genua und die Pariser Verhandlungen näher charakterisierte. Wir befinden uns in einer wachsenden Kapitalknappheit in Deutschland, die durch die angestrebte Stabilisierung des Notenumlaufs aufs Äußerste gesteigert werde. Wenn damit nicht auch eine Verbesserung der Kaufkraft der Mark eintrete, so seien innerpolitische und wirtschaftliche Belastungen katastrophaler Natur zu erwarten. Die Situation berge schwere Gefahren für die republikanischen, demokratischen und sozialistischen Erregenschaften in sich. Den Hauptpunkt der Beratungen bildete die Frage der Beitrags-erhöhung. Der wöchentliche Mindestbeitrag für die männlichen Mitglieder wurde auf 2 M., für die Frauen auf 1 M. erhöht. Davon entfallen 75 Proz. auf den Landes- und Parteivorstand und 25 Proz. auf die Ortsvereine. Der Parteivorstand Steinmayer sprach über organisatorische und taktische Fragen, wobei die Verwirrungsparolen von linksradikaler Seite (proletarische Einheitsfront) abgelehnt und der unüberbrückbare Gegensatz zwischen den grundsätzlichen politischen Anschauungen der Sozialdemokratie und denen der Kommunisten begründet wurden. Bei den kommenden Gemeindevahlen dürfe eine taktische Bindung nur durch die zentralen Organe der Partei geführt werden. Eine Landesversammlung der Gemeindevorteiler zur Stellungnahme bei den Gemeinderatswahlen soll noch einberufen werden.

Nachwehen des Metallarbeiterstreiks.
(S.C.B.) Stuttgart, 31. Mai. Durch Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Metallindustriellen wurden am Dienstag die Differenzen bei den meisten Betrieben der Metallindustrie beigelegt und die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen. Im Industriegebiet Groß-Stuttgart bestehen noch Differenzen bei fünf Firmen, darunter Daimler, Norma und Fein Konfekte, über die jedoch am Mittwoch weiter verhandelt wurde.

(S.C.B.) Stuttgart, 31. Mai. Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Bei der Firma Daimler hat zunächst eine teilweise Arbeitsaufnahme stattgefunden. Die endgültige Arbeitsaufnahme ist daran geknüpft, daß die Firma Daimler nicht nur Maßregelungen in großem Umfang vorgenommen hat, sondern daß auch noch ein erheblicher Teil älterer Arbeiter, die lange Jahre im Betrieb tätig waren, wegen angeblicher minderer Leistungsfähigkeit nicht mehr zur Einstellung kommen soll. Am Mittwoch, den 31. Mai, verhandelte eine aus Vertretern des Deutschen und des Christlichen Metallarbeiterverbandes, sowie des Gewerkschaftsvereins und des früheren Betriebsrats gebildete Kommission mit der Direktion der Daimler-Werke. Die Firma lehnte es ab, mit dem ersten Bevollmächtigten Dangel von Deutschen Metallarbeiterverband Stuttgart zu verhandeln, worauf dieser durch den Verbandsbeamten ersetzt wurde. Bei der Verhandlung erklärte die Firma, daß sie sich vorbehalte, wen sie einstellen wolle, und daß sie sich von niemand Bindungen auferlegen lasse. Wegen Gewalttätigkeiten oder minderwertiger Leistungen solle im Werk Untertürkheim und im Werk Sindelfingen ein sehr großer Prozentsatz nicht wieder eingestellt werden. Eine namentliche Bezeichnung der nicht wieder eingestellten Arbeiter lehnte die Firma ab. Damit scheiterten die Verhandlungen. Am Mittwoch nachmittag fasten die Arbeiter in einer Versammlung den Beschluß, den Streikzustand als fortbestehend zu erklären mit der Aufforderung an die bereits sich im Werk befindlichen Arbeiter, sich ihm erneut anzuschließen. Im Interesse einer verständigen Beilegung des Metallarbeiterstreiks wäre zu wünschen, daß eine Schiedsstelle gebildet würde und die Firma Daimler sich bereit erklärte, ihre Streitfälle dieser zu unterbreiten.

Es verbreitete sich alsbald das Gerücht in der Gesellschaft, der Marques besäße ungeheure Reichtümer. Spanier, der Abstammung nach, und auf der Insel Cuba früher ansässig, hatten ihn die Anruhen von dort vertrieben. Anfangs eine Zeit lang als Nomade die ganze zivilisierte Welt durchstreifend, hatte er sich zuletzt, der Erziehung seiner Tochter wegen, zum größten Teile in Paris aufgehalten.
Seit diese erwachsen war, wanderte er wieder unsät hin und her.
In den böhmischen Bädern im vorigen Sommer hatte er zufällig einige Familien aus N. kennen gelernt, vor allem aber auch die ebenso stattliche als originelle Oberjägermeisterin von Bodmar. Dieselbe hatte ihm und seiner Tochter Marquitta so viel von den Reizen N.s und von dem angenehmen Leben daselbst vorgeschwärmt, daß der Marques, wenn auch etwas zögernd anfangs, den Entschluß gefaßt hatte, N. zu besuchen.
Wie er selbst sagte, hatten die Stadt und deren Einwohner von ersten Augenblick an einen so vorteilhaften Eindruck auf ihn gemacht, daß er beschloß, in diesem Winter nicht nach Paris zu gehen.
Er hatte sich jenes große Quartier gemietet und es fürstlich einrichten lassen, er hatte Dienerschaft und Pferde von Paris herangezogen und sich häuslich eingerichtet. Hierauf traf er Anstalten, um in die Gesellschaft eingeführt zu werden.
Da der Generalkonsul und die Oberjägermeisterin für die Respektabilität der Fremden eintraten, so gelang ihm dies in dem sonst so exklusiven N. ohne große Mühe. Die Millionen des Vaters und die seltene und eigenartige Schönheit der Tochter bahnten ihnen, nachdem die Pforte einmal überschritten war, schnell den Weg. — Man kam ihnen entgegen, man schwärmte die Sennorita, und Vater und Tochter ließen sich diese Artigkeiten gern gefallen. Daß man von einigen Seiten

(S.C.B.) Hausen a. S. (Hohenzollern), 31. Mai. Einem Landwirt, der schon längere Zeit in seinem Stall Unglück hatte, machten hier weisende Zigeuner vor, daß eine Hexe in seinem Stall ihr Unwesen treibe. Sie erklärten sich bereit, diese zu vertreiben. Nach und nach entlockten sie dem Landwirt 60 000 M. Zum Schluß kam ein Schreiben aus einem Kloster mit der Unterschrift „Oberpater Zepetäus“, in dem weitere 22 000 M. angefordert wurden, um die Hexe ganz aus dem Stall zu besetigen. Der Bauer borgte auch diese Summe und erzählte auf Befragen des Gläubigers die ganze Geschichte. Dieser rief den Landjäger herbei, der sofort zwei Zigeuner verhaftete und nach Sigmaringen einlieferte. Von den 82 000 M. wurden nur noch 22 000 M. beigebracht.
(S.C.B.) Ulm, 31. Mai. Vor der Strafkammer wurde gegen 8 Arbeiter der Metallwarenfabrik Geislingen verhandelt, die am 25. März ds. Js. einen „Streikbrecher“, Bildhauer Kepler, mißhandelt bzw. zurückgehalten haben. Außerdem wurde eine Laborantin zurückgebracht und weitere Personen belästigt. Die Anklage lautete auf Mäßigung. Das Gericht verurteilte drei Arbeiter zu je 3 Wochen, weitere drei zu je 5—14 Tagen Gefängnis und zwei zu Geldstrafen von 300—500 M.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
* Der Dollar steht auf 276,80 M., der Schweizer Franken auf 53,25 M.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai.
Soweit sich die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die erste Hälfte des Monats Mai beurteilen läßt, ist eine weitere Besserung unzweifelhaft eingetreten. Nach den für 375 Städte mit über 10 000 Einwohnern vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der unterstützten Volkserwerbslosen am 6. Mai 46 271 gegen 49 791 Ende April. Von den jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen entfallen rund 38 000 auf Groß-Berlin, Breslau, Hamburg, Kiel und München, der Rest von 13 000 Erwerbslosen verteilt sich auf das ganze übrige Deutschland. In den westlichen und südwestlichen Industriegebieten kann von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit kaum noch die Rede sein. Die flotte Konjunktur erstreckt sich auf fast alle Gebiete der Warenherstellung.

Die Erreichung der Weltmarktpreise.
Es ist eine bekannte Tatsache, daß seit einiger Zeit in manchen Zweigen der deutschen Industrie die Weltmarktpreise erreicht, ja sogar hie und da bereits überschritten sind. Unter denjenigen lebenswichtigen Artikeln, die den Weltmarktpreis erreicht haben, sind vor allem die Textilien zu nennen. Die besten deutschen Herrenstoffe, die jetzt für den Winter angeboten werden, haben vielfach denselben Preis wie die entsprechenden englischen Stoffe, auch wenn man das englische Pfund zu 1200 bis 1300 M. rechnet. Noch mehr sind die feinsten Qualitäten der Wäschestoffe im Preis gestiegen. So bezieht man z. B. feinstes Mallo aus der Schweiz, weil diese Stoffe dort billiger sind als bei uns, obwohl der schweizerische Franken am höchsten im Kurs steht. Ähnlich steht es mit den Emaillewaren. Bekanntlich hat das wichtigste aller Nahrungsmittel, das Mehl, den Weltmarktpreis bereits überschritten. Auch das Schmalz hat den Weltmarktpreis erreicht, wenn man bedenkt, daß das ausgelassene Auslandsfett 46—50 M. kostet. Kaffee, Tee, Kakao, Reis und andere ausländische Produkte haben schon von jeher den Weltmarktpreis gehabt. Erheblich unter dem Weltmarktpreis stand bis jetzt Zucker, und es ist bezeichnend, daß die gegenwärtige Zuckerknappheit in erster Linie von den Nachschaffern herührt, die darauf abzielen, den Weltmarktpreis zu erzwingen. All diese Vorgänge haben zur Folge, daß in letzter Zeit ein deutliches Nachlassen des Kaufens der sich in Deutschland aufhaltenden Ausländer zu bemerken ist, einfach deshalb, weil der Ausländer die lebenswichtigsten Artikel in der eigenen Heimat ebenso billig einkaufen kann, wie bei uns.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

jogar bereit war, ihnen besondere Konzessionen zu machen, haben wir bereits gesehen, auch kann hier gleich noch erwähnt werden, daß im Klub nach dem Vorschlag des Doktor Siegroth verfahren, der Marques also nicht als wirkliches Mitglied aufgenommen wurde.
Der Marques machte ein großes Haus und hielt einen Pariser Koch, die Sennorita war elegant, liebenswürdig, gutherzig und heiter, ein wenig kokett nebenbei und etwas nonchalant. — Sie hatte daher bald einen ziemlich großen Hofstaat um sich versammelt. Alle Schmetterlinge aus der höheren Sphäre der Gesellschaft, aber auch viele andere Leute flatterten dort ein und aus und gaben den exotischen Fremden manchen tiefen Einblick in die Verhältnisse des Abendlandes. — Pflicht ist es, zu erwähnen, daß es allerdings mehr die Herrenwelt war, welche das Haus des edlen Spaniers frequentierte, damit soll aber nicht im entferntesten gesagt sein, daß es dort an Damen gemangelt hätte. Beinahe den ganzen Tag über hielten Equipagen der Leute, welche Besuche machten, unten vor ihrer Türe. Die Fremden waren durchaus comme il faut.
Die Intimen des Hauses waren Wahlendorf, der hier unendlich interessanten Stoff sammelte für Hohenzollerns Klatschabende, Graf Waldow, Bärenhof und Kunkelstein — die ersten Lebemänner und Tonangeber der Residenz, denen die spanischen Gebräuche, vor allem aber der im gewöhnlichen Verkehr so trauliche Ton, der dort herrschte, und das Kommen und Gehen ganz nach Belieben sehr behagte.
Die Oberjägermeisterin, die geschworene Freundin der Prinzessin Aurelle, zog sich etwas auffallend schnell aus dem Kreise der von ihr zuerst protegierten Fremden zurück, seit Wahlendorf anfang, der schönen Sennorita den Hof zu machen und hiedurch die Eifersucht der hohen Dame erregte.
(Fortsetzung folgt.)

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Darlehenshelferverein Unterreichenbach-Deunßacht, e. G. m. u. S. in Unterreichenbach, eingetragen. In der Generalversammlung vom 6. Mai 1922 wurde an Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen Dr. Geißler zum Vorstandsmitglied bestellt: Hauptlehrer Ferdinand Rinzinger in Unterreichenbach.

Den 30. Mai 1922.

Obersekretär Dürr.

Calmbach.

Straßensperre.

Am Dienstag, den 6. Juni 1922 ist infolge Bauarbeiten die Calmbachbrücke bei der Kirche D. S. Nr. 1, Zufahrtsstraße für Calw, Kleinstal und Schömberg von morgens 4 Uhr ab bis abends 10 Uhr für jeglichen Verkehr gesperrt.

Schultheißenamt.

Lützenhardt, den 29. Mai 1922.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der schweren Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben unvergesslichen Gattin, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Barbara Neule †

erfahren durften, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für den letzten Liebesdienst der Herren Ehrenträger, für die vielen Blumenpenden, für den erhebenden Grabgesang, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen wir innigsten Dank.

Der tieftrauernde Gatte: Schneidernstr. Neule mit seinen Kindern.

Gehingen, den 30. Mai 1922.

Dankfagung.



Allen, die in aufrichtiger Freundschaft während der Krankheit und beim Ableben unseres lieben Sohnes und Bruders

Ludwig Schwarz

ihre Teilnahme bezeugten, sei herzlich Dank gesagt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Marie Schwarz Witwe.

Schöne Liegestühle

sind eingetroffen bei

Adolf Junginger, Obere Marktstr. 31.

Für die Sammlung „Brüder in Not“

sind bis jetzt eingegangen: von Calw: Luise Burg 10 Mk., Eduard Frommer 20 Mk., Direktor Jügel 500 Mk., N. N. 15 Mk., N. N. 50 Mk., Fr. Gassner 20 Mk., Architekt Rohler 20 Mk., Adolf Groß 200 Mk., Missionar Stahl 25 Mk., Amtsgerichtsrat Hölder 100 Mk., Spar- u. Vorschußbank 500 Mk., N. Foerster 40 Mk., N. N. 25 Mk., Studienrat Burkhardt 100 Mk., N. N. 20 Mk., Rudolf Linkenheil 30 Mk., Chr. L. 20 Mk., Baurat Weland 100 Mk., Kreditbank für Landwirtschaft und Gewerbe 500 Mk., Sammlung der Methodistengemeinde 1000 Mk., Georg Pfeiffer, Kaufmann 100 Mk., N. N. 200 Mk., N. N. 10 Mk., N. N. 20 Mk., S. und E. F. 80 Mk., W. Holzäpfel Ottenbronn 100 Mk., Sammlung des Pfarramts Stammheim 2112 Mk., N. N. von Zavelstein 50 Mk., F. Althengstett 50 Mk., Strohenwart Ungemach Kohlerstal 25 Mk., Fr. Hermann Neubulach 100 Mk., gesammelt von Pfarrer Mayer Neuweiler 200 Mk. Gesamtbetrag 8642 Mark. Für die reichen Gaben wird herzlich gedankt.

Weitere Gaben nimmt Herr Oberamts-pfleger Fechter in Calw in Empfang.

Calw, den 31. Mai 1922.

Der Bezirksvertreter für das rote Kreuz: Oberamtmann Gös.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Die Verein. Raminchenzüchter-vereine des Nagoldgaaues

halten am Pfingstsonntag u. Montag, den 4. u. 5. Juni

in Wildberg

im Gasthaus zur „Krone“ eine



Gaiausstellung

mit Prämierung

ab, wozu freundlichst einladet

Der Ausschuß.

NB. Die Generalversammlung findet am Pfingstsonntag um 2 Uhr statt.

Schwarze Sommerstrümpfe

in allen Größen.

Paul Rächle, Calw.

Oberamtsparkasse Calw.

Am Pfingstsonntag, 3. Juni bleiben unsere Geschäftsräume den ganzen Tag

geschlossen.

Unsere Kasse

bleibt am Pfingst-Samstag, den 3. Juni geschlossen.

Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw. e. G. m. b. H.

Arbeiter und Arbeiterinnen

gesucht. Ferner einen

Schweizer

für einige Kühe.

Leinacher Mineralquellen, Bad Leinach.

Sch suche für meine Pension u. Wein-stube ein im Servieren durch-aus bewandertes, nettes, sol.

Mädchen.

Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen erwünscht. Eintritt sofort.

Adam, Hirsau.

Cafeköchin-ge such.

Wegen Krankheit der Mutter der bisherigen In-haberin dieses Postens, suche ich zu baldmög. Eintritt ein rechtshaffenes und fleißiges Mädchen bei hohem Lohn.

N. Andler, zum „Hirsch“ Bad Leinach.

Ein fleißiger Knecht

für Landwirtschaft, kann sofort eintreten.

Bei wem, sagt die Ge-schäftsstelle dieses Blattes.

Breitenberg.

Ein 1/2 jähriges, schönes



Rind

verkauft

Mich. Kübler II.

Ueber die Saison kann sofort ein

Koch-Fräulein

eintreten.

Frau Otto Gengenbach, zum „Lamm“, Schömberg.

Nach Mannheim fleißiges

Mädchen

gesucht zu kleiner Familie mit 1 1/2 jährigem Kinde.

Angebote unter M. B. 125 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jüngeres Mädchen

für tagsüber gesucht.

Frau E. Wörner, Badstraße.

Ein junger Bäcker

kann sofort eintreten bei

Wih. Braun, Altburg.

Dung

10-15 Wagen hat abzugeben

Andler, zum „Hirsch“ Bad Leinach.

Unsere

Kasse

bleibt am

Pfingst-Samstag den 3. Juni 1922

geschlossen

Spar- und Vor-schußbank Calw e. G. m. b. H.

Regenschirm

stehen geblieben bei

Chr. Sourdan, Metzgerei.

Pfannkuch & Co.

Täglich frischen

Spargel

empfehlen

Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

Jagdgewehr

zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäfts-stelle dieses Blattes.

Hier!

In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheiten Überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Pfannkuch & Co.

Eingetroffen Zapfs Hehnens und Breisgauer

Mostansatz

in Portionen zu 50, 100 und 150 Liter

Eiters Fruchtstift

Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

Milch-Ziege

samt Jungen

verkauft B. Walz, Alzenberg.

Würzburg.

Eine 32 Wochen trächtige

Kug- u. Fahr-Ruh

verkauft Gottlieb Reichle.

Wir erlauben uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

Hochzeitsfeier

auf Samstag, den 3. Juni, in das Gasthaus zum „Badischen Hof“ freundlichst einzuladen.

Eugen Hemminger

Sohn des Eugen Hemminger, Werkführer in Kottweil

Freida Mann

Tochter des Karl Mann, Wagenaufseher in Calw.

Ottenbronn.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingst-Montag, den 5. Juni 1922 stattfindenden

Doppel-Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. „Mühle“ freundlichst einzuladen

Friedrich Lutz

Johannes Lutz

Söhne des Joh. Georg Lutz, Zigarrenmacher, hier

Christine Breithaupt

Dorothea Breithaupt

Töchter des † Andreas Breithaupt, Tagelöhner, hier

Kirchgang 12 Uhr in Hirsau.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Ein-ladung entgegennehmen zu wollen.

Bad Liebenzell.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 3. Juni 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Döhen“ freundlichst einzu-laden.

Wilhelm Burghardt

Sohn d. Jos. Burghardt, Reitenmacher in Liebenzell

Amalie Frank

Tochter des † Aug. Frank, Steinhauer in Liebenzell

Kirchgang 1 Uhr.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Pfingstmontag, den 5. Juni 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. „Hirsch“ in Oberkoll-wangen freundlichst einzuladen.

Gottlob Furthmüller

Sohn des Gottlieb Furthmüller, Bauer in Stammheim

Christine Greule

Tochter d. Jakob Greule, Bauer in Oberkollwangen

Kirchgang um 12 Uhr in Oberkollwangen.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Ein-ladung entgegennehmen zu wollen.

Kniehosen

aus gut. feldgr. Tuch gefertigt, in Burschen- u. Männergrößen

Wadenstrümpfe

Saltengürtel, Westengürtel

Sporthemden, Einsatzhemden

Zeughosen, blaue Anzüge

und Jacken

Paul Rächle, Calw.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Nr. 126

Veröffentlichung

Die Reparation antwortet, in deutsche Reg um den Reich in Ordnung in französischen gegenheiten u das erstliche der Entente bereit erklärt Jahr 1922 n wird aber da schulden Deu nen. Die G Frankreichs f

Daß Frankreich Deutschland i gehen, das l debatte über sagte, Frank „Recht“ des seiner nationa rialisimus, in Poincaré, der derum mit se die nichts als Kleinzuge wa rüngenmöglich

Frankre

Eine Re

Paris, 1. Ju

der Interpellati

zung, unter gra

Der Abgeordnet

ist und stellte bl

den noch dauern

dann das Wort

zunächst, so sag

Oberschleffen La

ufer. Das geh

Kontrollkommiss

ternationalen A

Gericht urteilt e

die allierten L

Waffenfunde in

Explosion ein.

suchen und auf

gewisse und d

daß man so viel

man benachricht

Untersuchung se

Verhandlungen

fung sei ziemli

den Allierten L

daß Deutschland

aufwerfen dürfe.

göbliche Delegati

die Anklage zu

die Genueser K

uerte dann an d

zug auf die Ane

Wenn die politi

wenigstens die

Frankreich habe

die Minister Pa

wollen. Man ho

wesenheit der D

lierten hätten

hallo-Vertrages

Abkommen im A

Man hätte als G

aus der Konfere

Mahregel ergriff

der ersten Komm

Bekanntlich ist

habe bei dieser